

Bundesamt für Umwelt,
Wald und Landschaft
Ref. 8.53.20
8.51.2. - SdW/RG

Bern, 23. August 1991

"Umwelt für Europa"

- Weiterentwicklung Dobris/Prag (21. - 23. Juni 1991)
 - Nachfolgekonzferenz in der Schweiz
1. Unsere erste Reaktion auf die Einladung des CSFR-Umweltministers Josef Vaurousek und insbesondere seine Vorschläge zu neuen europäischen Umwelt-Institutionen war recht skeptisch. Die Konferenz selber war dann ein Erfolg: Zwar hat sie kaum konkrete Ergebnisse vorzuweisen, aber sie könnte einen bedeutungsvollen Prozess in Gang gebracht haben, dessen Ergebnis so etwas wie eine gemeinsame gesamteuropäische Umweltpolitik sein müsste.
 2. Das ehrgeizige Ziel sollte sein, das im Umweltbereich im Raume EG-EFTA Erreichte auf ganz Europa auszudehnen und die ost- und zentraleuropäischen Staaten in die EFTA-EG-Bestrebungen (Stichwort: Nordwijk; EWR) so weit wie möglich einzubeziehen. Dies geht nicht ohne finanzielle und technische Zusammenarbeit. (Weiteres Stichwort: Die Umweltpolitik als Motor für die Förderung/Schaffung eines kohärenteren Europa).
 3. Ein unmittelbares Ziel des Prozess muss jedoch sein, dazu beizutragen, dass die Umwelthanliegen von allem Anfang an in die wirtschaftliche Umgestaltung der ost- und zentraleuropäischen Staaten interiiert werden. Die Erklärung von Dobris enthält Hinweise in diese Richtung, die möglichst rasch zu konkretisieren sind. Die Erfahrungen der BRD mit den neuen Bundesländern sind in diesem Zusammenhang besonders wertvoll. Zwei Aspekte seien hervorgehoben:
 - a) Die westlichen Investoren müssen ein deutliches Signal erhalten, dass mittel- und längerfristig in Ost- und Zentraleuropa vergleichbare Auflagen gelten werden wie in Westeuropa und dass von ihnen von allem Anfang an die Einhaltung der in ihren Ursprungsländern geltenden Vorschriften und Auflagen erwartet wird. Die Erklärung von Bergen verlangt dies (Para. 15f). Die Erklärung von Dobris spricht in Para. 21 von einem Verhaltenskodex für Unternehmen, die in Ost- und Zentraleuropa aktiv sind.
 - b) Entscheidend in diesem Zusammenhang wird auch sein, ob sich die Umweltbehörden in Ost- und Zentraleuropa bei ihren Kollegen im Wirtschafts- und Energiesektor und bei ihren Bevölkerungen Gehör verschaffen können.



4. Es gilt nun, die konkrete Durchführung der Erklärung von Dobris unter Beibehaltung der Erklärungen von Bergen und Dublin an die Hand zu nehmen und die nächste Etappe vorzubereiten. Dies muss unter Einbezug aller betroffenen zwischenstaatlichen Instrumente und unter Nutzung ihrer Möglichkeiten geschehen. Eine wichtige Rolle kommt der EG-Kommission zu. Wir wollen keine Doppelspurigkeiten. Eigene Aktivitäten (z.B. Expertengruppen) sind jedoch bei Bedarf auch vorzusehen.

5. Von der Nachfolgekonferenz erwarten wir neben der üblichen und nötigen politischen Erklärung vor allem ein Aktionsprogramm mit konkreten Zielsetzungen, Identifizierung der Instrumente und Mittel zu ihrer Erreichung sowie mit dem entsprechenden Zeitrahmen. Zur Erfüllung der doppelten Aufgabe, Durchführung Dobris/Vorbereitung Folgekonferenz, wurde eine "Taskforce" mit reduzierter Teilnehmerzahl eingesetzt. Sie soll die Arbeiten einer Expertengruppe mit Vertretern aus allen Teilnehmerstaaten vorbereiten. Wir sehen vor, eine erste Sitzung der "Taskforce" in der Woche vom 14. Oktober einzuberufen.

SdW ✓

Beilage: - Notiz mit ersten Überlegungen über die Ziele der Nachfolgekonferenz in der CH

Paneuropäische Konferenz der Umweltminister 92/93 in der Schweiz

1. Hintergrund

Im EG/EFTA-Raum ist über den Noordwijk-Prozess, die EWR-Verhandlungen und die Perspektiven bezüglich einer weiteren westeuropäischen Integration eine Entwicklung in Gang gekommen in Richtung abgestimmte Umweltpolitiken und vergleichbares hohes Umweltschutzniveau. Dagegen bietet sich in Ost- und Mitteleuropa ein katastrophales Bild der Umweltsituation und ein eigentliches Konzept, eine kohärente Strategie zur mittel- und längerfristigen Verbesserung der Lage fehlt noch weitgehend. Das beste Mittel, um möglichst schnell eine wirksame Strategie zu entwickeln und umzusetzen und sicherzustellen, dass diese mit anderen europapolitischen Aspirationen dieser Länder verträglich ist, besteht im Einbezug dieser Staaten in die westeuropäische, umweltpolitische Konvergenz.

2. Ziel

Bis heute sind die umweltpolitischen Beziehungen zwischen West- und Osteuropa verzerrt, wenig zielgerichtet und inkohärent. Die Prager Konferenz brachte diesbezüglich kaum konkrete Fortschritte. Sie formulierte jedoch einen Auftrag für eine Folgekonferenz, die die Schlussfolgerungen von Prag konkret umsetzen soll und richtete dafür einen zwischenstaatlichen Vorbereitungsprozess ein (1). Damit hat die Folgekonferenz die Potenz zu einem bedeutenden umwelt- und europapolitischen Ereignis und könnte den Ausgangspunkt markieren für den Einbezug der ost- und mitteleuropäischen Staaten in eine gesamteuropäische konvergente Entwicklung im Umweltbereich mit abgestimmten Umweltpolitiken und einem kontinentweit vergleichbar hohen Schutzniveau. Die Schweiz als Gastgeber der Folgekonferenz ist entschlossen, diese mit der Prager Erklärung gegebene Chance zu nutzen und setzt sich letzteres als Konferenzziel. Die Erreichung dieser Zielsetzung würde einen entscheidenden Beitrag leisten, dass die Umwelterfordernisse von allem Anfang an im Umstrukturierungsprozess in Osteuropa mitberücksichtigt werden (2). Sie würde auch die Voraussetzung schaffen für ein gemeinsames Vorgehen der Europäer im Bereich der globalen Umweltprobleme.

3. Resultate

Zur Zielerreichung wird dreierlei benötigt:

- eine zielbezogene politische Erklärung,

- ein Aktionsprogramm,
- die institutionellen und finanziellen Mittel zur Umsetzung des Aktionsprogramms.

Auf der politischen Ebene wäre als Minimalanforderung eine Grundsatzerklärung (in Form einer Charta, formellen Erklärung, Memorandums?) zu sehen mit u.a.:

- dem Bekenntnis zu einer konvergenten und kohärenten gesamt-europäischen Umweltpolitik mit dem Ziel, kontinentweit eine hohe Qualität der Umwelt zu erreichen und zu sichern,
- dem Engagement der ost- und zentraleuropäischen Staaten, mittel- bis längerfristig die westeuropäischen Umweltstandards zu übernehmen (3), begleitet von der Willenskundgebung der westeuropäischen Staaten, sie dabei in technischer, finanzieller und institutioneller Hinsicht zu unterstützen,
- einer Absichtserklärung zum vermehrten Einsatz von wirtschaftlichen und fiskalischen Instrumenten (4) und zur Zusammenarbeit in diesem Bereich,
- einem Engagement der westeuropäischen Staaten, ihre osteuropäischen Partner bei der Beseitigung von Altlasten zu unterstützen (5),
- einer Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der globalen Umweltprobleme (6).

Je nach Reifegrad einzelner zu regelnder Bereiche könnte eine solche allgemeine politische Erklärung durch konkretere Engagements ergänzt werden, die Teilschritte oder einen ganzen Programmbereich inhaltlich und zeitlich definieren (z.B. Uebernahme von EG bzw. EWR-Abgasnormen in Osteuropa oder Sanierung eines internationalen Gewässers). Weitere mögliche politische Elemente wären, die Unterzeichnung neuer Regional- oder Globalabkommen (SO₂ und NO_x Protokolle (7), Beitritt aller Staaten zur Basler Konvention (8)), die Stärkung bestehender Instrumente u. a. im Bereich Verifikation, Streiterledigung (Europa als Vorreiter der Weiterentwicklung im Umweltvölkerrecht (9)), der Beitritt zur europäischen Umweltagentur, die Verabschiedung eines Verhaltenskodexes für Investoren (10).

Was politisch noch nicht reif ist, könnte dem Aktionsprogramm (Grünes Europa 2000?) unter seiner politischen Komponente zugewiesen werden. Wichtig scheint, dass alle zentralen Bereiche erfasst werden, so dass ein der Zielsetzung adäquater Rahmen gesetzt wird, auch wenn es in vielen Bereichen bei recht allgemein gehaltenen Formulierungen wird bleiben müssen. Ein solcher Anspruch auf eine gewisse Vollständigkeit böte auch die Möglichkeit, behutsam andere Politikbereiche einzubeziehen (Energie (11), Wirtschaft, Transport (12)).

Zum technischen Teil des Aktionsprogramms würde das ganze Tätigkeitsfeld der Umweltagentur (13) gehören, die Zusammenarbeit auf Beamten- und Expertenebene (14), die finanzielle und technische Zusammenarbeit (15) (G-24, PHARE, EBRD etc.), Forschung (16) etc.

Im institutionellen Teil waren die Instrumente zu definieren, die zur Umsetzung des Aktionsprogrammes benötigt werden. Neben einer klaren Rollenzuteilung an bestehende Institutionen wären sicherlich gewisse Mechanismen zu stärken (etwa G-24). Für die Abstimmung der Umweltpolitiken im Bereich der Erlasse und der wirtschaftlichen Instrumente sowie die Zusammenarbeit im Bereich der globalen Umweltprobleme sind neue institutionelle Vorkehrungen zu schaffen, die die Minister-, hohe Beamten- und Expertenebene umfassen (Noordwijk Modell?).

Verweise auf Prager Erklärung

- (1) para 30: "...welcomed the invitation of the President of the Swiss Confederation, Federal Councillor Flavio Cotti, to convene a follow up meeting in order to take up concrete proposals to be elaborated by a group of experts on the basis of the conclusions of this Conference..."
- (2) para 19 b: "...advantage must therefore be taken of the transition to market economies and the restructuring of these economies to introduce ecological aspects into this process from the very beginning."
- (3) para 3: "...they urged the central and eastern European countries to set a timetable for the application of high environmental standards such as are in force in the EC and EFTA region..."
- (4) para 3: "...They welcomed the increased attention being given to...the use of economic instruments..."
- (5) para 19d: "Urgent assistance is needed to improve environmentally-related health conditions in ecological disaster areas in the central and eastern European region."
- (6) para 11: "Governments which have not yet ratified the Vienna Convention and the Montreal Protocol...are urged to do so", para 12: "... recognized the urgent need to confront global environmental problems...They agreed to intensify their collaboration on the protection of nature ...and to aim for consensus on common concerns regarding the negotiations for the International Convention on Biodiversity and...forests"
- (7) para 13: "... expressed their support for the ongoing work ... on the development of additional international agreements to further reduce sulphur dioxide and nitrogen oxide emissions..."
- (8) para 27: "In this context it is vital that all countries which have not yet ratified the Basel Convention do so as soon as possible."
- (9) para 7: "They agreed to evaluate mechanisms and structures to improve the control and verification of the implementation of multilateral and international conventions in the field of the environment." para 33: " ...stressed the importance of continuing study and work ...on such issues as : Ensuring compliance with multilateral agreements related to the environment. Resolving environmental disputes between countries."
- (10) para 21: "They invited the business community to further develop such initiatives by elaborating a Code of Conduct for enterprises operating or investing in central and eastern European countries."

- (11) para 15: "They welcomed the initiative to develop an European Energy Charter."
- (12) para 14: "...stressed the urgent need to continue research and development of transportation systems that are environmentally sound ..."
- (13) para 4: "... recognized that many valuable contributions were being made to the development of environmental information relevant to the monitoring assessment of the state of the environment...However, better coordination is needed. It is also desirable that these activities cover Europe as a whole." para 5: " They welcome the EC's proposal to provide information and assistance for the application of the CORINE methodology in other countries as a first step toward the integration of environmental information systems throughout Europe...They also support the prompt establishment of the European Environment Agency as an institution of the EC open to other countries."
- (14) para 6: "... stressed the need to increase the exchange of information about and the coordination of environmental legislation and programme initiatives in their countries."
- (15) para 9: "endorsed the development and implementation of regional, sub-regional and water basin programmes based on bilateral as well as multilateral agreements for the protection of the environment...."
- (16) para 7: " They supported increased cooperation across Europe in the crucial field of environmental research.."